

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 19. September 1958

Blatt 1859

## Neues Landesgesetzblatt

=====

19. September (RK) Das neue "Landesgesetzblatt für Wien" enthält eine Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, die am 27. Juni beschlossen wurde.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Neues Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei, 1, Wollzeile 27a, erhältlich.

- - -

## Rundfahrten "Neues Wien"

=====

19. September (RK) Montag, 22. September, Route 5 mit Besichtigung des Strandbades "Gänsehäufel", des Wasserparkes, der Wohnhausanlage am Kapaunplatz, des Karl Marx-Hofes und anderer Wohnhausanlagen im 19. Bezirk.

Abfahrt vom Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, um 14 Uhr.

- - -

## Pferdenachmarkt vom 18. September

=====

19. September (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: 19 Stück aus Rumänien, Preis: 6.20 bis 7.30 S.

- - -



## Wiener Landtag

=====

19. September (RK) Die erste Sitzung des Wiener Landtages nach den Sommerferien eröffnete Präsident Marek mit einem Nachruf auf den in der Zwischenzeit verstorbenen Landtagsabgeordneten und Gemeinderat Schlegel. Die Abgeordneten erhoben sich von ihren Sitzen. Die Bank in der Gemeinderat Schlegel seinen Platz hatte, war mit einem Trauerkranz gekennzeichnet.

Nachruf für Gemeinderat Schlegel

Der Vorsitzende schilderte den Werdegang des verbliebenen Gemeinderates, der schon im ersten Weltkrieg vom ersten bis zum letzten Tag eingerückt war und der dann durch die Rettung der Kunstschatze von Monte Cassino allseits bekannt wurde. Gegen den Willen des Oberkommandos, so führte Präsident Marek aus, organisierte Julius Schlegel den Abtransport dieser erlesenen Kunstkleinodien; darunter die weltberühmte Bibliothek und hunderte wertvolle Gemälde und Skulpturen. Es gelang ihm, all diese unersetzlichen Schätze vor der Kriegszerstörung zu bewahren. Diese Kulturtat bleibt unvergessen.

In seinen Funktionen im Wiener Landtag und Gemeinderat stellte Schlegel sein umfassendes Wissen mit Pflichteifer in den Dienst der Allgemeinheit. Mit Julius Schlegel verliert der Wiener Landtag ein wertvolles Mitglied, dessen Andenken in Ehren gehalten wird.

In Erledigung der Tagesordnung des Wiener Landtages wurde auf Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien über die Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung der Landtagsabgeordneten Ludwig Geiger (ÖVP), Ing. Arch. Johann Lust (ÖVP) und Rudolf Sigmund (SPÖ) behandelt. In allen drei Fällen geht es um Verkehrsdelikte. Auf Wunsch der drei Abgeordneten schlug das Immunitätskollegium die Auslieferung vor. Die drei Anträge auf Auslieferung wurden von den Mitgliedern des Wiener Landtages einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung des Landtages erledigt.

- - -



## Stadtrat Kurt Heller

=====

19. September (RK) Der neue Stadtrat für Bauangelegenheiten Kurt Heller wurde am 14. Jänner 1919 in Wien geboren. Er besuchte die Volksschule, Hauptschule und das Realgymnasium. Anschließend daran erlernte er das Gewerbe eines Elektrotechnikers und arbeitete bis Oktober 1945 als technischer Angestellter im Konstruktionsbüro eines großen Wiener Industriebetriebes. Vom Jahre 1939 bis 1944 war er zur deutschen Wehrmacht eingezogen.

Im Oktober 1945 wurde er in das Wiener Rathaus geholt, wo er bis zum Jahr 1951 in leitender Stellung im Wohnungswesen arbeitete. Anschließend war er bis zum Jahre 1956 als Sekretär des Amtsführenden Stadtrates für das Bauwesen, Leopold Thaller, tätig und in dieser Eigenschaft mit allen wichtigen Arbeiten des Wiener Stadtbauamtes vertraut.

Am 20. Juni 1956 wurde er Sekretär des Österreichischen Städtebundes und am 30. November 1957 dessen Generalsekretär.

Seit Jahren beschäftigte er sich mit den Problemen des sozialen Städte- und Wohnungsbaues und hat in vielen Artikeln, in Broschüren und Fachzeitschriften zu diesen und anderen politischen Fragen Stellung genommen. Unter anderem ist er auch ständiger Mitarbeiter der Österreichischen Gemeinde-Zeitung.

Er ist Vorstandsmitglied des Institutes für Raumplanung und gehört dem Kuratorium der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung von Landesforschung und Landesplanung an. Außerdem ist er Geschäftsführer der Gemeinnützigen Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft für Gemeindebedienstete und Obmann der Gemeinnützigen Baugenossenschaft "Volksbau".

- - -



## Wiener Gemeinderat

=====

19. September (RK) Im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages hielt der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas eine Sitzung ab.

Im Einlauf befanden sich fünf Anfragen der VO, und zwar "auf Erleichterung beim Kauf von Wochenkarten, Vorverkaufsfahrscheinern und Kurzstreckenkarten", "auf Beibehaltung niedriger Mietzinse in den Gemeindebauten" und "auf Zurückweisung des Planes, das Brauhaus der Stadt Wien an Privatunternehmen zu verkaufen". Für den letzten Antrag wurde die dringliche Behandlung verlangt. Darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt werden, ebenso wie über die dringliche Anfrage der VO "betreffend das Überhandnehmen von Straßenbahnunfällen und Maßnahmen zum Schutz des Straßenbahnpersonals gegen ungerechte Verurteilungen".

Sodann erfolgte die Wahl eines Gemeinderates, die durch das Ableben des GR. Julius Schlegel notwendig geworden ist. Als nächster Ersatzmann wurde Kommerzialrat Egon Soupper (ÖVP) berufen und angelobt.

Der neue Bau-Stadtrat gewählt

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß durch den Rücktritt des Amtsführenden Stadtrates für Bauangelegenheiten, Leopold Thaller, die Wahl eines Stadtrates und Amtsführenden Stadtrates für diese Geschäftsgruppe notwendig geworden ist. Stadtrat Thaller hat folgendes Schreiben an den Bürgermeister gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es ist Ihnen bekannt, daß mich die Bundesregierung in ihrer Sitzung am 15. Juli zum Präsidenten des Kuratoriums des Dorotheums ernannt hat. Diese Funktion ist mit der Funktion eines Amtsführenden Stadtrates schon wegen der Fülle der Arbeit beider Ämter nicht vereinbar. Außerdem drängt der Herr Bundesminister des Inneren darauf, daß ich die Führung des Dorotheums baldigst übernehme. Ich bitte Sie daher, meinen Verzicht auf die Funktion eines Amtsführenden Stadtrates zur Kenntnis zu nehmen.

Das Aufgeben dieser Funktion, der ich seit März 1949, zuerst im Wohnungsmat und seit 1951 im Bauamt, meine ganze Arbeitskraft



gewidmet habe, fällt mir nicht leicht, doch hoffe ich, daß ich auch in der neuen Funktion meiner Vaterstadt und meinem Heimatlande noch manche gute Dienste werde leisten können.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr Thaller."

Das Recht auf Erstattung eines Vorschlages für die Wahl hatte die Sozialistische Partei, die den Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Kurt Heller, namhaft gemacht hat. Bei der Abstimmung wurde Generalsekretär Heller mit den Stimmen der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei gewählt. Die VO enthielt sich der Stimme. Stadtrat Heller leistet hierauf das Gelöbnis. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen, um den Stadtsenat Gelegenheit zu geben, den neuen Amtsführenden Stadtrat für die Verwaltungsgruppe VI - Bauangelegenheiten, zu nominieren. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Stadtrat Heller gemäß dem Vorschlag des Stadtsenates mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI gewählt. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Die Verdienste des scheidenden Stadtrates

Bürgermeister Jonas würdigte sodann die Verdienste, die sich GR. Thaller als Stadtrat erworben hat. Er hob hervor, daß Thaller sowohl an Jahren als auch hinsichtlich der Funktionsdauer das älteste Mitglied von Landtag und Gemeinderat ist. Schon im Jahre 1919 wurde er Gemeinderat und bereits vor 1934 war er Präsident des Wiener Landtages.

Es war eine sehr schwere Aufgabe, führte der Bürgermeister aus, mit der Leopold Thaller im März 1949 bei seiner Bestellung zum Stadtrat betraut worden ist. Das Wohn- und Siedlungswesen, mit welchem seine Verwaltungstätigkeit begann, stand damals infolge der Kriegszerstörungen vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten. Aber gerade die so gewonnenen Einblicke in die Tiefen der Wiener Wohnungsnot waren eine wertvolle Vorbereitung des Arbeitsfanatiklers Thaller für jene anderen Aufgaben, die ihm dann im Jahre 1951 als Stadtrat für das Bauwesen erwachsen sind.

Der soziale Wohnbau hat gerade in den Jahren, in denen Stadtrat Thaller dem städtischen Bauwesen vorstand, einen sehr



beachtenswerten Auftrieb erfahren. Wir dürfen heute mit Befriedigung sagen, daß die Ergebnisse des Wiener sozialen Wohnbaues in der Zeit vor 1934 in der Zweiten Republik noch übertroffen worden sind.

In die Zeit der Amtsführung Leopold Thallers fiel aber auch die Errichtung bemerkenswerter Kulturbauten, namentlich der Bau der Stadthalle und des Historischen Museums der Stadt Wien. Darüber hinaus haben unsere städtischen Verkehrsflächen - man denke bloß an den Praterstern, die Ringturmkreuzung und die Opernkreuzung und viele andere - eine großzügige Ausgestaltung erfahren. Auch die neuen Bade-, Spiel- und Gartenanlagen, vor allem aber die Assanierungsarbeiten in überalterten Stadtteilen, geben Zeugnis davon, daß dem städtischen Bauwesen ein Mann von wirklichem Weitblick vorgestanden ist. Seine Leistungen stehen in das Antlitz der Stadt Wien geschrieben, und darin verkündet sich ein höheres Lob, als es goldene Lettern auszusprechen vermöchten. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde an Stelle von Gemeinderat Schlegel mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ Gemeinderat Prof. Markus Bittner (ÖVP) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Volksbildung und an seiner Stelle Gemeinderat Egon Soupper (ÖVP) zum Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen gewählt.

Anschließend wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die neuen Vertrauensmänner und deren Ersatzmänner für die Wiener Gemeindevermittlungsamter bestellt.

Hierauf legte GR. Billmaier (SPÖ) den Antrag auf Baubewilligung für die städtische Wohnhausanlage und eine Kinderkrippe in Floridsdorf, An der oberen Alten Donau - Schöpfleuthnergasse, vor.

GR. Hausner (VO) stellt in der Debatte fest, daß es im Zusammenhang mit den Anträgen für die Errichtung neuer Wohnhausbauten auch interessant sei zu erfahren, wie die Ausstattung dieser Wohnungen erfolgen werde und natürlich vor allen Dingen, wie die Zinsgestaltung vorgenommen werde. Er vertrete die Ansicht, daß über Zinsveränderungen nur der Wiener Gemeinderat beschließen könne und nicht, wie es derzeit gehandhabt werde, der zuständige Gemeinderatsausschuß. Seine Fraktion könne nicht verstehen, daß man den jahrzehntelangen Grundsatz auf Beibehaltung möglichst niedriger Mietzinse nun auf einmal über Bord werfe. Für das



Einkommen der arbeitenden Bevölkerung müssen derart hohe Zinse als untragbar bezeichnet werden. Außerdem werden auch die privaten Hausbesitzer durch ein solches Vorbild höhere Mieten verlangen. Die Aufgabe des Wiener Gemeinderates müsse es sein, die Bevölkerung unserer Stadt mit billigen und guten Wohnungen zu versorgen und zu verhindern, daß eine allgemeine Verteuerung der Wohnungen eintritt.

GR. Billmaier erklärt im Schlußwort, daß sich die Ausführungen seines Vorredners nicht mit dem vorliegenden Antrag beschäftigt haben. Er bittet daher, seine Anträge anzunehmen.

Der Antrag wurde bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP) referiert sodann über die Aufstellung eines Kobalt-60-Bestrahlungsgerätes im Allgemeinen Krankenhaus. Durch die Aufstellung dieses Gerätes wird die Errichtung eines Zubaus zum Zentralröntgeninstitut erforderlich. Die Kosten für den Zubau werden sich auf 650.000 Schilling belaufen.

GR. Dr. Christoph (VO) stellt fest, daß seine Fraktion dem vorliegenden Antrag wie jeder anderen noch so kleinen Modernisierung in den Wiener Spitälern zustimmen werde. Er bezeichnet es jedoch als bedauerlich, daß seit Jahren der Bau eines neuen Allgemeinen Krankenhauses versprochen wird, bis jetzt aber fast nichts in dieser Angelegenheit geschehen sei.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger verweist in seinem Schlußwort darauf, daß es den Vertretern der beiden großen Parteien mit der Errichtung des Krankenhauses ernst sei. Die Finanzierung wurde inzwischen gesichert und in den letzten Tagen beschlossen, einen Architektenwettbewerb auf nationaler und internationaler Basis auszuschreiben. Man ist also ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen. Der Baubeginn ist durch alle diese Vorarbeiten näher gerückt. Daß trotzdem am alten Allgemeinen Krankenhaus noch kleinere Investitionen vorgenommen werden müssen, sei im Interesse der Kranken gelegen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.



Dringlicher Antrag - dringliche Anfrage

Gr. Lauscher (VO) sprach sodann zu dem zu Beginn der Sitzung eingebrachten Dringlichkeitsantrag, betreffend Zurückweisung des Planes, das Brauhaus der Stadt Wien an Privatunternehmen zu verkaufen. Er bezeichnet es als bedauerlich, daß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates von einer derartigen Maßnahme erst durch die Presse erfahren müssen. Er bezeichnet den Verkauf als einen Rückschritt auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, der sich später vielleicht auch auf andere Gebiete ausdehnen würde. Auch im Interesse der Bediensteten des Brauhauses, die in einer Belegschaftsversammlung eine Protestresolution gegen den geplanten Verkauf verfaßt haben, müsse von einer solchen Maßnahme Abstand genommen werden.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag die Dringlichkeit gegen die Stimmen der VO nicht zuerkannt.

Gemeinderat Maller (VO) nahm sodann zu der von ihm eingebrachten dringlichen Anfrage, betreffend das Überhandnehmen von Straßenbahnunfällen und Maßnahmen zum Schutz des Straßenbahnpersonals gegen ungerechte Verurteilungen Stellung. Er erklärte, es gehe nicht an, daß ein Vater von drei Kindern zur Arbeit gehe und abend bereits zum Krüppel geworden sei, weil ihn die Direktion der Verkehrsbetriebe auf einen Wagen stelle, der für die Beförderung der Bevölkerung untauglich ist. Lehnt er das Fahren auf einem solchen Wagen ab, wird er entlassen, fährt er aber und geschieht etwas, so überliefert dieselbe Direktion ihn dem Gericht. Sie liefert falsche Angaben, sodaß der Fahrer schuldig gesprochen wird. Dies sei keineswegs ein Einzelfall sondern die Methode der derzeitigen Gemeindeverwaltung. Der Fahrer muß sitzen, damit die Verkehrsbetriebe, damit die Gemeinde Wien nicht haftpflichtig wird. Da kommt eine Tarifierhöhung nach der anderen, aber die Waggon sind weiterhin ohne Schienenbremse. Es ist Tatsache, der Straßenbahner steht mit einem Fuß im Landesgericht. Wenn es einen Verkehrsunfall auf der Straßenbahn gibt, ist das Fahrpersonal unschuldig, schuldig sind jene, die sie auf solche Verkehrsmittel stellen, die für den Verkehr untauglich sind. Die Direktion der Verkehrsbetriebe



hat sich selbst schuldig gesprochen, als sie den Waggon, mit dem der Fahrer Schmied ins Unglück fuhr, verschroten ließ.

Ich nehme an, Sie sind mit mir einer Meinung, fuhr der Redner fort, daß dieses Urteil ungerecht ist. Es ist Aufgabe der Gemeindeverwaltung, sich an die Seite des Straßenbahners zu stellen und ihm zu helfen, daß er wieder gesund wird und seinen Dienst weiter versehen kann.

Bei der Abstimmung wurde der Anfrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Bürgermeister Jonas schloß die Sitzung um 12.45 Uhr.

- - -



Zum erstenmal wird verliehen:

Die Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien  
=====

Die Ausgezeichneten: Rosa Albach-Retty, Günther Haenel und

Leopold Lindtberg

19. September (RK) Der Wiener Gemeinderat hat anlässlich des 100. Todestages des berühmten Wiener Schauspielers Josef Kainz am 2. Jänner eine Josef Kainz-Medaille gestiftet, die alljährlich am Todestag des großen Schauspielers, am 20. September, einem Schauspieler, einer Schauspielerin und einem Regisseur für die beste schauspielerische Darstellung, bzw. Regieleistung des vergangenen Spieljahres an einer Wiener Bühne verliehen wird.

Bürgermeister Jonas hat auf Grund eines Vorschlages der Jury, die aus namhaften Kulturkritikern bestand, Rosa Albach-Retty für die Darstellung der Mrs. Edna Savage in John Patricks Komödie "Eine sonderbare Dame" im Akademietheater, Günther Haenel für die Rolle des Rubaschow in Sidney Kingsleys Schauspiel "Sonnenfinsternis", nach dem Roman von Arthur Koestler. im Volkstheater und Leopold Lindtberg für die Inszenierung von Grillparzers Lustspiel "Weh dem der lügt" im Burgtheater die Josef Kainz-Medaille verliehen.

Die Überreichung der Medaille durch den Bürgermeister findet Anfang Oktober im Rahmen einer würdigen Feier im Rathaus statt.

Mit dieser alljährlich zu verleihenden Auszeichnung der Jahresbestleistungen auf dem Gebiete des Schauspiels dokumentiert die Stadt Wien ihren Willen, den Ruf Wiens als Stadt des europäischen Theaters zu festigen und zu vertiefen.

Rosa Albach-Retty, Professor, Hofschauspielerin und Ehrenmitglied des Burgtheaters wurde am 26. Dezember 1874 in Hanau (Hessen-Nassau) geboren. Sie stammt aus einer Schauspielerfamilie, wurde in ihrem Vaterhaus in Musik und darstellender Kunst ausgebildet und debütierte, von Josef Kainz empfohlen, mit 17 Jahren am Deutschen Theater in Berlin. Am 2. März 1895 kam sie nach Wien an das Deutsche Volkstheater, wo sie in dem Lustspiel "Ein Kind des Glücks" von Charlotte Birch-Pfeiffer ihr Engagement antrat



und in Kürze die Herzen der Wiener eroberte. 1903 holte sie Direktor Schlenther an das Burgtheater, dem sie nun seit 55 Jahren angehört.

Die Anzahl ihrer Rollen geht ins Unermeßliche und zeigt die Vielseitigkeit ihrer Darstellungskunst. Von der Naiven und munteren Liebhaberin entwickelte sie sich bald zur interessanten Charakterdarstellerin. Sie spielte (mit Josef Kainz) die Rahel in der "Jüdin von Toledo", die Roxane in "Cyrano von Bergerac" (ebenfalls mit Josef Kainz) und aus der Vielfalt ihrer Glangzleistungen bleiben unvergeßlich: die Franziska in "Minna von Barnhelm", die Susanne in "Figaros Hochzeit", die Schlager-Mizzi in "Liebelei", die "Nora", "Klein Dorrit", die Käthe in "Altheidelberg", die Dorine im "Eingebildeten Kranken", die Nerissa im "Kaufmann von Venedig", die Maria in "Was ihr wollt", in späteren Jahren die Maria Luise in "Der junge Aar", die Pauline Wesel in "Louis Ferdinand Prinz von Preussen", die Herzogin von Marlborough in "Ein Glas Wasser" und die Mutter Aase in "Peer Gynt".

Die große Wirkung, die sie immer noch auf das Wiener Publikum ausübt, ist der unvergleichliche Humor, mit dem sie ihre Rollen zu erfüllen vermag. Ein Humor, der vom Herzen kommt, der be- zwingend ist, von der feinsten Komik bis zur drastisch-komischen Ausdrucksgestaltung.

Welch gegensätzliche Charaktere ihre große Kunst auch heute noch in meisterhafter Darstellung zu schenken fähig ist, bewies sie mit der Edna Savage in Patricks "Sonderbare Dame".

Günther Haenel wurde am 1. Mai 1898 in Dresden als Sohn des damaligen Polizeirates und späteren Ministerialpräsidenten Geheimrat Dr. jur. Arthur Haenel geboren.

Er besuchte das Gymnasium und mußte nach der Matura zum Kriegsdienst einrücken. Nach Kriegsende Hochschulstudium in Dresden und Berlin (Philosophie, Kunstgeschichte und Theaterwissenschaft), gleichzeitig Ausbildung zum Schauspieler, vor allem bei Robert George in Dresden, und als dramaturgischer Assistent an der Volksbühne Berlin.

Sein erstes Engagement brachte ihn an das Frankfurter Künstlertheater für Rhein-Main, wo er in der Rolle des Kammerdieners in "Kabale und Liebe" debütierte.

1924 ging Günther Haenel als Regisseur und Schauspieler an



das Deutsche Theater in Rumänien in Herrmannstadt. Man sieht daraus, daß in ihm schon sehr früh das Interesse für die Regietätigkeit wach wurde.

Weitere Stationen als Regisseur und Schauspieler: Stadttheater Würzburg, Nollendorftheater und Theater am Schiffbauerdamm in Berlin, Hessisches Staatstheater Darmstadt und sieben Jahre am Staatlichen Schauspielhaus in Hamburg, wo er auch als Lehrer an der Staatlichen Schauspielschule tätig war.

1939 kam er vom Deutschen Theater in Berlin an das Theater der Josefstadt in Wien. Seitdem ist Günther Haenel in Wien tätig. Von 1939 bis 1943 war er Mitglied des Theaters in der Josefstadt, 1943 übersiedelte er an das Deutsche Volkstheater, dessen Direktor er von 1945 bis 1948 war. Nach kurzer Tätigkeit als Regisseur und Schauspieler an der Scala wandte er sich wieder seiner alten Wirkungsstätte, dem Volkstheater zu und absolvierte gelegentlich Gastspiele im Theater in der Josefstadt, an den Schauspielhäusern in Zürich und Hamburg und anderen großen ausländischen Bühnen, die ihm internationale Anerkennung verschafften.

Günther Haenels schauspielerische Persönlichkeit ist durchpulst vom ursprünglich Komödiantischen und die Gestaltung seiner Rollen zeigt einen weiten Bogen seiner Darstellungskunst, oft von skurriler Art, von einer feinen unnachahmlichen Komik, doch am bezwingendsten sind die einfachen Menschen, die er mit einer Behutsamkeit darzustellen vermag, die erschütternd ist. Aus der Fülle seiner, vor allem in Wien gespielten Rollen seien erwähnt: der Zirkusdirektor in "Wir warten auf Godot", der Totengräber in "Hamlet", der Kosterbruder in "Nathan der Weise", der Graf Bodo von Badernsee in "Die Ehen des Herrn Mississippi", der Pfarrer Monsignore Carey in "Die erste Legion", der Alte in "Die Stühle", doch vor allem der eingekerkerte Kommissar Rubaschow in "Sonnenfinsternis", den er meisterhaft gestaltete. Hier zeigt sich sein reifes Wissen um die tiefsten Geheimnisse der Schauspielkunst.

Günther Haenel ist ab September dieses Jahres als Schauspieler und Regisseur an das Burgtheater verpflichtet, und seine Antrittsrolle wird der Narr in "König Lear" sein.

Oberregisseur Leopold Lindtberg, geboren in Wien am 1. Juni 1902, studierte an der Wiener Universität Germanistik und Kunstgeschichte. Nach musikalischen Studien nahm er Sprechunterricht



bei Professor Hans Kirchner und Schauspielunterricht bei Josef Danegger d.Ä. in Wien.

Nach einer kurzen Tätigkeit als jugendlicher Charakterliebhaber (beginnend 1924) am Dramatischen Theater in Berlin unter der Direktion Dieterle und am Stadttheater Düsseldorf wandte er sich bereits 1926 der Regieführung zu und inszenierte am Stadttheater Bielefeld als erstes Werk den "Liebestrank" von Wedekind.

In steiler Linie aufwärts folgen die weiteren Engagements als Regisseur. 1926/27 Piscatorbühne, Berlin, 1927/29 bereits Oberregisseur am Stadttheater in Koblenz, 1929 Regisseur am Stadttheater Berlin, 1930/32 Oberregisseur in Düsseldorf, seit 1933 Oberregisseur am Schauspielhaus in Zürich, wo er sich das Hauptquartier seiner Regietätigkeit errichtete und, soweit es seine Gastspielverpflichtungen erlauben, auch häuslich niederließ. Seit 1947 ist er alljährlich Gastregisseur am Burgtheater und von den vielen Regiegastspielen seien besonders die Inszenierungen am Schillertheater und am Schloßparktheater in Berlin, an den Münchner Kammerspielen und bei den Salzburger Festspielen erwähnt. Seine Inszenierungen umfassen weit über 200 Werke, wobei besonders hervorgehoben werden muß, daß viele Werke namhafter zeitgenössischer Autoren von ihm zur Uraufführung gelangten: "Sacco und Vanzetti" von E.Mühsam (1928), "Napoleon der Erste" von F.Bruckner (1938), "Bellmann" von Zuckmayr (1939), "Mutter Courage und ihre Kinder" von Brecht (1941), "Zweimal Amphitryon" von G.Kaiser (1944), "Requiem für eine Nonne" von Faulkner (1955) und viele andere.

Meisterhaft sind die Inszenierungen der klassischen Werke durch Leopold Lindtberg. Von der "Orestie" über "Hamlet", "Richard III", "Faust I und II", "Scherz, Satire und tiefere Bedeutung", "Danton" und "Peer Gynt" führt ein scheinbar müheloser Weg zu Shakespeares Komödien, Molières Lustspielen, zu Raimund und Nestroy. Lindtbergs Inszenierungen sind modern, gegenwartsnahe und das markanteste Merkmal seiner Arbeit, er bleibt immer ein Diener des Werkes, das er schafft. Seine diesjährige Festspielwochen-Inszenierungen am Burgtheater von Grillparzers Lustspiel "Weh dem der lügt" ist noch in deutlicher und beglückender Erinnerung.

Seine internationale Bedeutung als Regisseur, nicht nur auf dem Gebiet des Theaters, sondern vor allem als Filmregisseur, dokumentieren die zahlreichen internationalen Auszeichnungen,



die er für seine bisherige Filmtätigkeit erhielt: Prima copa della Biennale Venedig (1941), Grand prix de la paix Cannes (1946), The golden globe New York (1946), 1. Preis Berlin, Silberlorbeer (1951).

Von den bekanntesten Filmen seien erwähnt: Der Schuß von der Kanzel (1942), Marie Luise (1943), Die letzte Chance (1944), Matto regiert (1947), Die Vier im Jeep (1951), Sie fanden eine Heimat (1953).

#### Zur Verleihung der Josef Kainz-Medaille:

Die Medaille, in Bronze gegossen, von Bildhauer Prof. Rudolf Schmidt entworfen, trägt auf der Vorderseite ein Porträtrelief Josef Kainz als Hamlet, auf der Rückseite eine Umschrift "Die Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien" und auf der Mittelfläche den Namen des ausgezeichneten Künstlers. Der Ausgezeichnete erhält außer der Medaille eine Miniatur der Medaille in Form einer Nadel, bzw. Brosche in Gold.

Die Josef Kainz-Medaille kann an einen Künstler nur einmal verliehen werden und ist unübertragbar. Auch ausländische Künstler können sie erhalten.

Die Verleihung der Medaille schließt eine andere Auszeichnung durch die Stadt Wien nicht aus.

- - -



Anmeldung von Kriegs- und Verfolgungsschäden  
====="Amtshilfe" des Magistrates für die Finanzbehörde

19. September (RK) Seit der vorigen Woche werden die von der zuständigen Bundes-Finanzbehörde aufgelegten Formulare für die "Anmeldung eines Anspruches auf Entschädigung für Kriegs- und Verfolgungsschäden gemäß dem Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958", ausgegeben. Diese Formulare enthalten, soweit es den Wiener Magistrat betrifft, einige Unklarheiten und Ungenauigkeiten. Um die Bevölkerung vor unnützen Wegen und Kosten zu bewahren, hat nun die Magistratsdirektion die Verbindung mit der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland aufgenommen. Leider war es dieser Behörde, wie erklärt wurde, wegen der Dringlichkeit der Auflegung der Formulare nicht möglich, sich mit dem Magistrat wie vereinbart, über dessen Mitwirkung bei der Durchführung der Aktion und der Gestaltung der Formulare vor der Drucklegung zu besprechen.

Zur Durchführung des Gesetzes sind die Bundes-Finanzbehörden berufen. Der Wiener Magistrat ist jedoch im Interesse der Wiener Bevölkerung zur raschen Durchführung der Entschädigungsaktion bestrebt, die Amtshilfe für die Durchführung soweit zu leisten, als hiezu die Bundesstellen nicht in der Lage sind. Der Magistrat muß aber auf dem Standpunkt stehen, daß Arbeiten, die die Bundesbehörden selbst leisten können und zweckmäßigerweise auch leisten sollen, nicht von Beamten der Stadt Wien durchgeführt werden können. Abgesehen davon wäre außerdem mit Rücksicht auf den großen Umfang der Arbeiten zusätzliches Personal notwendig.

Bei einer Besprechung, die heute stattfand, wurde mit der Finanzlandesdirektion folgendes vereinbart: Bestätigungen über eingetretene Schäden an Wohngebäuden werden für ganz Wien von der Magistratsabteilung 25, Wien 17, Elterleinplatz 14, Parterre, Zimmer Nr. 8 (nicht wie es irrtümlich im Formular heißt, von den Magistratsabteilungen 36 und 37) erteilt. Eine Bestätigung durch diese Magistratsabteilung ist nur dann notwendig, wenn der Betroffene nicht selbst einen Nachweis über den eingetretenen Schaden (Fliegergeschädigtenbetreuungskarte, Bombenschein oder eine andere behördliche Bescheinigung) besitzt. Zur Erteilung der im Formular



sonst vorgesehenen Bestätigungen ist für die Bezirke 1 bis 9 die Finanzlandesdirektion Abteilung G.A.-E. Wien 1, Wollzeile 1, zuständig. Für die Bezirke 10, 11, 12, 15, 16, 17, 20, 21, 22 und 23 werden die erforderlichen Bestätigungen von Beamten der Finanzlandesdirektion erteilt werden, denen der Magistrat in den zuständigen Magistratischen Bezirksämtern einen entsprechenden Raum zur Verfügung stellt. In den Bezirken 13, 14, 18 und 19 erwartet die Finanzlandesdirektion nur eine geringe Zahl von Anmeldungen, weshalb kein Bundesbeamter in die Magistratischen Bezirksämter dieser Bezirke entsendet wird. Die Parteien dieser Bezirke müssen sich wegen der Bestätigungen an die zuständigen Bezirkspolizeikommissariate wenden. Falls notwendig, wird auch in diese Bezirke ein Bundesbeamter entsendet werden. Bestätigungen der Personal-  
daten werden im übrigen in ganz Wien auch von den zuständigen Bezirkspolizeikommissariaten erteilt.

Im Auftrage des Bürgermeisters wurden die magistratischen Stellen angewiesen, die Bundesbehörden, insbesondere die Beamten des Bundes, die in den Magistratischen Bezirksämtern nunmehr ihren Dienst versehen werden, in jeder Weise zu unterstützen. Er hat den Magistrat beauftragt, dieser Sache weiterhin sein besonderes Augenmerk zuzuwenden und für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergeben sollten, sofort im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Bundes Abhilfe zu schaffen.

- - -



Eine Stellungnahme der Verkehrsbetriebe  
=====

19. September (RK) In der letzten Zeit ist im Zusammenhang mit dem "Straßenbahnmerprozeß" in der Öffentlichkeit eine Reihe von Vorwürfen gegen die Wiener Verkehrsbetriebe erhoben worden. Zur Klarstellung übermittelte die Direktion der Verkehrsbetriebe der "Rathaus-Korrespondenz" heute folgende Stellungnahme:

Es scheint in der Öffentlichkeit die Meinung zu bestehen, daß die Verkehrsbetriebe die Untersuchung nach dem Unglück selbst durchgeführt haben. Dies trifft nicht zu. Die Untersuchung wurde vielmehr von der Aufsichtsbehörde des Verkehrsministeriums vorgenommen. Dabei wurden der Behörde alle verlangten Auskünfte gegeben. Es wurde auch in alle technischen Unterlagen sowie in die Wagenkartei Einsicht gewährt. **Daher kann** nicht davon die Rede sein, daß die Direktion der Verkehrsbetriebe irgend etwas verschwiegen hätte.

Als alle Untersuchungen abgeschlossen waren, hat die Aufsichtsbehörde den Wagen freigegeben. Erst nach mehr als einem Jahr wurde der Wagen zur Verschrottung bestimmt und gleichzeitig mit 24 alten Wagen, deren Reparatur sich nicht mehr lohnte, als Altmaterial verkauft. Dabei handelt es sich um durchaus regelmäßige, jedes Jahr zweimal stattfindende Ausscheidungen alter Wagen.

Was die Ausstattung mit Schienenbremsen betrifft, betonen die Verkehrsbetriebe, daß auch ~~diese~~ Bremsen nicht die Vermeidung von Unfällen garantieren kann. Es kommt bei ihr wie bei jeder technischen Einrichtung darauf an, daß sie richtig verwendet wird. Die Schienenbremse stellt jedoch eine zusätzliche Sicherung dar, die den Schutz der Fahrgäste nach menschlichem Ermessen weiter erhöht. Deshalb haben die Verkehrsbetriebe sämtliche neuen Wagen, die nach dem Krieg erbaut wurden, mit Schienenbremsen ausgerüstet. In 750 alten Wagen wurden bis jetzt gleichfalls Schienenbremsen installiert. Heuer und im nächsten Jahr werden noch 160 alte Wagen mit solchen Bremsen ausgestattet. Damit ist die Hälfte des gesamten betriebstauglichen Wagenparkes mit Schienenbremsen ausgerüstet. Bei den übrigen Wagen kommt der Einbau von Schienenbremsen aus technischen Gründen nicht mehr in Frage, weil derart umfangreiche Arbeiten notwendig wären, daß sie einem Neubau gleichkämen. Unter Ausschöpfung aller finanziellen Möglichkeiten werden jedoch diese alten Wagen ersetzt werden. Dabei handelt es sich allerdings um fast 1.400 Wagen, für die neue angeschafft werden müssen.